



B-SGA fordert: Kein Missbrauch des Autonomiebegriffs!

Utl.: „Autonomiepaket“ muss den Schulen mehr, nicht weniger Möglichkeiten bringen

Österreichs Schulen wurden im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte massenweise Ressourcen und damit jeder Gestaltungsspielraum entzogen. Zwischen 1997 und 2013 wurde der Anteil am Brutto-Inlandsprodukt, der dem Schulwesen gewidmet wird, von 4,3 % auf 3,2 % reduziert. Das entspricht 4,5 Milliarden pro Jahr, die Österreichs Schulwesen jetzt weniger zur Verfügung stehen und an den Schulen schmerzlich fehlen.

Österreichs Schulen haben deshalb keine Möglichkeit mehr, den schulautonomen Spielraum, den Schulgesetze seit Jahrzehnten bieten, auch zu nutzen. Freigegegenstände und Unverbindliche Übungen, aus denen Schülerinnen und Schüler ihren Interessen entsprechend wählen konnten, gibt es mangels Ressourcen nur mehr in mikroskopischer Größe, im Schulrecht vorgesehene Teilungen können mangels Ressourcen nicht mehr eingehalten werden, gesetzlich vorgeschriebene Klassenschülerhöchstzahlen müssen massenweise überschritten werden.

Der Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA) begrüßt eine allfällige Erweiterung des schulautonomen Gestaltungsspielraums. Ein „Autonomiepaket“, das seinem Namen nicht gerecht wird, weil es mangels Ressourcen totes Recht ist, weisen wir jedoch als Täuschung der Öffentlichkeit mit Entschiedenheit zurück. Auf ein „Autonomiepaket“, das den Schulpartnern vor Ort sogar Rechte entziehen möchte, würden wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln öffentlichkeitswirksam antworten.

An Österreichs Schulen gibt es enormen Bedarf an Ressourcen, um Zusatzangebote für leistungsschwache Schülerinnen und Schülern erstellen und Interessen und besondere Begabungen fördern zu können. Die Schulpartner vor Ort wüssten, wie sie die zusätzlichen Ressourcen optimal einsetzen.

Österreichs Jugend verdient, dass die Regierung über den finsternen Schatten ihrer Vergangenheit springt und den Schulen endlich die Möglichkeiten zurückgibt, die ihnen im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte über sogenannte „Schulreformen“ entzogen wurden.

Rückfragehinweis:

Harald Zierfuß, Bundesschulsprecher, harald.zierfuss@bsv.at

Gernot Schreyer, Akad. FDL, Präsident des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen Österreichs, gernot.schreyer@bundeselternverband.at

Mag. Roland Gangl, Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft in der GÖD, roland.gangl@goed.at

Mag. Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft in der GÖD, herbert.weiss@goed.at

Aussendung vom 30. Jänner 2017